

GSoA schwächt alle

Die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» der GSoA ist unnötig und schädlich. Die Schweiz verfügt bereits über griffige Gesetze.

STÄNDERAT HERMANN BÜRGI, DUSSNANG

Zudem schwächt die Initiative Wirtschaft und Landesverteidigung, indem sie der für den Aufwuchs wichtigen Schweizer Wehrtechnik-Industrie die Lebensgrundlage entziehen will. Waffen und Waffenausfuhren sind verbunden mit Vorstellungen über Krieg und Elend. Die Schweiz ist sich dieser Problematik bewusst und hat die entsprechenden Gesetze geschaffen, um Missbräuche zu verhindern. Der Export von Wehrtechnik unterliegt in der Schweiz strengen Bestimmungen.

Bundesrat und Verwaltung haben wiederholt bewiesen, dass sie in der Lage sind, die betreffenden Gesetze anzuwenden. In den Bereichen Friedensförderung, Rüstungskontrolle, Rüstungsbeschränkung nimmt die Schweiz international einen Spitzenplatz ein. Wer den Bericht des Bundesrates über die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz 2008 zur Kenntnis nimmt, sieht, welche Aktivitäten unser Land in diesen Bereichen entfaltet.

850 Arbeitsplätze bei MOWAG

Als Thurgauer fühle ich mich verpflichtet, auf die spezifischen volkswirtschaftli-



Ständerat Bürgi: «In Kreuzlingen geht es um 850 Arbeitsplätze bei der MOWAG.»


chen Auswirkungen der Initiative im Kanton Thurgau hinzuweisen. Es geht bei uns um rund 850 Arbeitsplätze der Firma Mowag mit Sitz in Kreuzlingen. Von den Beschäftigten sind 65 Prozent Facharbeiter, 20 Prozent Ingenieure, 9 Prozent Angestellte in der Administration und 6 Prozent Lehrlinge. Diese Firma hat im Schnitt der

letzten zehn Jahre 70 bis 80 Prozent ihrer Produktion exportiert.

Würde die GSoA-Initiative angenommen, wäre der Standort Kreuzlingen nicht mehr zu halten. Die Initiative gefährdet aber nicht nur Arbeitsplätze im Kanton Thurgau. Unternehmen, die als Zulieferer der Wehrtechnik-Industrie von einem Ausfuhrverbot betroffen wären, sind in der ganzen Schweiz beheimatet. Insgesamt stehen über 10 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel!

Nein zur GSoA-Initiative

Eine eigene Rüstungsproduktion in der Schweiz ist nur dann überlebensfähig, wenn sie über die Möglichkeit verfügt, ihre Produkte ins Ausland exportieren zu können. Ohne eigene Rüstungsproduktion im Inland wird das gesamte Aufwuchskonzept obsolet. Eine einheimische Wehrtechnikindustrie ist deshalb von zentraler Bedeutung für die unabhängige Schweizer Sicherheitspolitik und für die Armee.

Ich lehne deshalb die GSoA-Exportinitiative ab, weil sie unnötig ist, weil sie unserer Wirtschaft schadet und die Landesverteidigung schwächt. 

Anzeige



«Eine Annahme der Initiative würde der Armee die industrielle Basis entziehen – das ist bedrohlich und inakzeptabel.»

Andreas Widmer, Präsident AWM

NEIN zum Verlust von Sicherheit und Arbeitsplätzen – Kampf gegen die gefährliche GSoA-Exportverbots-Initiative*

Die Exportverbots-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)

1. will mehr als 10 000 wertvolle Schweizer Arbeitsplätze vernichten
2. bringt keinen Frieden, schadet aber der Schweizer Wirtschaft
3. gefährdet die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee
4. setzt die Zwängerei der Armeeabschaffer (GSoA) fort

Die wahren Ziele der GSoA sind bekannt und durchsichtig: Ohne Rücksicht auf Tausende von Arbeitsplätzen verfolgt die GSoA ihre Salamtaktik zur Abschaffung der Armee.

Helfen auch Sie mit im Kampf gegen die schädliche Initiative! Auf www.awm-cmep.ch finden Sie nützliche Informationen und Drucksachen zur Bestellung. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

* Eidgenössische Volksabstimmung vom 29. November 2009



Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM)

Postfach 467, 8024 Zürich
Telefon 044 266 67 73
E-Mail info@awm-cmep.ch
Postkonto 30-3154-8